steuer-Gesetze vom 24. Juni 18[illegible] 2) Einführung einer fünfjährigen gegen die jetzt bestehende dreijährige Kontingentirungsperiode, 2) Aufhebung des Zwangs, das zugetheilte Kontingent jährlich abzubrennen, 3) von fünf zu fünf Jahren eintretende Produktion der höchsten Kontingente (über 150,000 Liter) um 1/20 bis auf 150,000 Liter als Maximum, 4) Beschränkung neuer Kontingentirung auf ein Maximum von 80,000 Litern, 5) Abwehr der Gefahr, welche von einer gesteigerten Produktion an Melasse-Spiritus für die landwirthschaftlichen Brennereien zu befürchten ist, 6) Einführung einer besonderen Betriebssteuer, welche, die kleineren Brennereien freilassend, progressiv ansteigt und deren Betrag lediglich im Interesse der Spiritusindustrie zur Hebung des Exportes verwendet werden soll. 7) Steuerentlastung für den Sommerbetrieb erscheine geeignet, durch Einschränkung der Produktion und Hebung des Absatzes in das Ausland die Lage des Brennereigewerbes zu verbessern. Mit Rücksicht auf die Gefahr, daß in den nächsten Monaten die Produktion von Melasse-Spiritus enorm steigt, ist es erwünscht, daß das zu erwartende Gesetz womöglich mit dem 1. Juli d. J. in Kraft tritt. Der Verkehr mit denaturirtem Spiritus ist möglichst freizugeben.

— Berlin. Der Kaiser präsidirte heute wieder den Staatsrath. Im Vorstand stand die Währungsfrage. Am Schlusse der ersten Sitzung sprach der Kaiser den Wunsch aus, daß seitens der Theilnehmer Stillschweigen über die Verhandlungen beobachtet werden möge. — Der Kaiser hat am Montag dem Fürsten Bismarck telegraphisch die Ernennung des Grafen Wilhelm Bismarck zum Oberpräsidenten von Ostpreußen, die der „Staatsanzeiger" heute amtlich veröffentlicht, angezeigt. — Das preußische Unterrichtsministerium hat angeordnet, daß zum 80. Geburtstage des Fürsten Bismarck am 1. April sämmtliche preußische Schulen geschlossen sind. Den Schulleitungen ist nahe gelegt worden, den Tag durch eine Feier würdig zu begehen. — Die Centrumsfraktion des Reichstags beschloß in ihrer gestrigen Fraktionssitzung einstimmig die Ablehnung des Antrags Kanitz. Die Fraktion sprach sich ferner gegen das geplante Zusammengehen mit der wirthschaftlichen Vereinigung des Reichstags aus, dagegen bildete sich aus dem Schooße der Fraktion eine wirthschaftliche Abtheilung.

— Berlin. Der Kaiser wird, wie ein Telegramm aus Friedrichsruh meldet, in den letzten Tagen des März zum Besuche des Fürsten Bismarck daselbst erwartet. Täglich treffen in Friedrichsruh aus verschiedenen Theilen des Reiches Herren ein, um die Einzelheiten des Empfangs der Veteranen zu verabreden. — Auch die Gardekürassier-Kavallerie, deren Regiments-Chef Fürst Bismarck ist, werden durch eine Abordnung vertreten sein. Graf Klingström, der Kommandeur des Regiments, ist eingetroffen, und vom Fürsten Bismarck empfangen worden.

— Berlin. Das Abgeordnetenhaus nahm heute die 3. Berathung des Etats vor. Die Generaldebatte beschränkte sich darauf, daß Abg. Graf Strachwitz (Centr.) die Anwendung amtlicher Anzeigen an katholische Blätter verlangte. — Die einzelnen Etats wurden ohne besondere Debatte erledigt, nur bei dem Kultusetat kam es in einer längeren Diskussion. — Abg. Winckler (kons.) beschwerte sich über die Geschäftsanweisung der Königl. Regierung zu Merseburg, nach der die ländlichen Volksschulen, wo durch Sozialdemokraten radikale Elemente in die Schulvorstände eingedrungen seien, „Mittel" (z. B. Bons) erhielten, er habe Bericht über die Sache gefordert, die Anweisung werde zurückgenommen werden, wenn sie sich als fehlerhaft erweise. — Weiterberathung morgen.

— Berlin. Das Herrenhaus ging über eine Petition des Vereins deutscher Expeditoure in Leipzig wegen Einführung von Eisenbahnen für Eisenbahnen und Wasserstraßen zur Tagesordnung über.

— Berlin. Der neue Oberpräsident von Ostpreußen, Graf Wilhelm Bismarck, weilte heute mit seinem Nachfolger, v. Brandenstein, beim Minister v. Köller. Auch Graf Herbert Bismarck ist hier eingetroffen.

— Berlin. Heute Abend findet im Reichstage eine Sitzung des Zentrumskonvents statt; den Gegenstand der Berathung wird die Bethätigung an der Bismarckfeier bilden.

— Berlin. Die Lehrer des grauen Klosters wollen dem Fürsten Bismarck seine nicht eben guten Cerevisen an seinem 80. Geburtstage zur Erinnerung im Manuskript noch einmal vortragen.

— Hamburg. Aus Cadix wird gemeldet, die Rostocker Barke „Prinz Ludwig Welf" mit 12 Mann Besatzung, und der spanische Schooner „Nueva Julia" sind bei Rio St. Pedro in das Treiben gerathen und gingen unter. Der englische Schooner „Reeter" fand dies. Wrack der Julia an den Mast gebunden, auf. Einer starb bald. Von den Uebrigen fehlt jede Nachricht.

— Witten a. d. Ruhr. Der zu neun Zehntel katholische Ort Kanten hat den Fürsten Bismarck zum Ehrenbürger ernannt.

— Weimar. Der Landtag nahm einen Antrag an, durch welchen die Regierung ersucht wird, Maßnahmen seitens des Reiches zur Linderung der Noth der Landwirthschaft und des Mittelstandes nach besten Kräften zu unterstützen.

— Paris. Nach Ablehnung des Berichts einer Abordnung seitens des Ministerpräsidenten Ribot hat die Vereinigung der Handbolz-Interessenten in Paris einstimmig beschlossen, heute Mittag 1 Uhr die Arbeit wieder aufzunehmen. Gleichzeitig wurden drei Vertreter gewählt, welche sich mit den von Ribot zu ernennenden Delegirten zur Untersuchung der Fragen, betr. die Holzarten und die Höhe der Löhne, besprechen sollen.

— Paris. Der schwedische Dichter Strindberg liegt hier hoffnungslos krank und aller Mittel entblößt darnieder. Freunde in der Heimath sammeln für ihn.

— Jauer. Eine mächtige Feuersbrunst zerstörte den Dachstuhl des hiesigen Rathhauses. Zahlreiches Aktenmaterial ist verbrannt und das obere Stockwerk mit dem Sitzungssaal durch die ungeheuren Wassermassen stark beschädigt.

— Mannheim. Der Gemeindeschreiber v. Wedderkopf ist mit 20,000 M. hier flüchtig geworden.

— Altona. Das Kriegsgericht sprach den Mann des 31. Regiments, der auf der Wandsbeker Straßenbahn die Waffe gegen einen Civilisten gerichtet hatte, frei und erkannte, daß von einem Mißbrauch der Waffe bei der Sachlage keine Rede sein könnte.

— Bochum. Im Kreise Recklinghausen sind die Pocken ausgebrochen. Die Behörde traf sofort Maßnahmen.

— Die Berliner Börse war durch bessere Wiener Notirungen günstig beeinflußt, lebhaftere Tendenz bestand indeß nur auf dem Bahnenmarkte. Preußische Staatsanleihen wenig verändert, Italiener schwach, Russen und Ungarn behauptet. Meridionaux etwas besser, auf höhere Silberkurse. Argentinier schwächer, Portugiesen auf Pariser und Londoner Anregung gefragt, amerikanische Bonds fest. Von Banken standen Kredit-Aktien im Vordergrunde, dieselben gewannen 1 % Proz., auch für deutsche Banken bestand erhöhtes Interesse, während die übrigen lokalen Banken vernachlässigt blieben. Bedeutende Umsätze bei prozentuell geringeren Kursen fanden in deutschen Bahnen statt, besonders in nordwestlichen, schweizerische Bahnen mehr beachtet, Jura-Simplon höher, auch Nordostbahn gefragt, von österreichischen Bahnen Franzosen, Lombarden und Buschtiehrader fest, italienische Bahnen und Prince Henri wenig beachtet, Warschau-Wiener besser. Bergwerke ruhig, Kohlen-Aktien meist schwächer, Hüttenwerthe behauptet, Schiffahrts-Aktien befestigt. Auf dem Kassenmarkt waren Industriepapiere im Allgemeinen behauptet. Privatdiskont 1 — Proz. Nachbörse fest. — Wetter: Bedeckt, leichter Regen, Westwind.

Frankfurt a. M. (Schluß.) Credit [illegible] Disconto 219,20. Dresdner Bank [illegible] Lombarden [illegible] Russen 120,00. Ungar. Gold —. Portugiesen — Italiener — Hochmärkische — Einheimische —. Fest.

Paris. (Schluß.) Rente [illegible] Italiener [illegible] Spanier 74 [illegible] Portugiesen [illegible] Türken 22,27 Tunesier [illegible] Ottomanbank 20,00, Suezkanal [illegible] Lombarden [illegible] Matt.

Paris. (Productenbörse. (Schluß.) Weizen per März 20,40, per April-August [illegible] Mehl per März 51,00, per April [illegible] Rüböl per März 46,75, per April 47,25, fest.

Amsterdam. (Schluß.) Weizen per März —, per Mai 140, Roggen per März 99, per Mai 102. Rüböl per Oktober 166.

Oertliches und Sächsisches.

— Ihre Königl. Hoheit Prinzeß Mathilde beging gestern die Feier ihres Namenstages.

— Se. Kgl. Hoheit Prinz Friedrich August besuchte gestern das Geschäft von Starke u. Weinrebe, um die daselbst in Repparatur befindlichen orientalischen und egyptischen Gegenstände seiner bei dem kürzlichen Brande vernichteten orientalischen Sammlung zu besichtigen. Gleichzeitig nahm der Prinz mit großem Interesse Einsicht von den übrigen Fabrikaten an Spazierstöcken und größeren Elfenbeinschnitzereien antiken Genres.

— Se. Excellenz Staatsminister von Watzdorf hat sich vorgestern Abend nach Berlin begeben.

— Als Kandidat der Deutsch-sozialen Reformpartei für die Ersatzwahl im 6. sächsischen Reichstagswahlkreise ist Herr Stadtverordneter Baumeister Gustav Hartwig aufgestellt worden.

— Zu Leitern ihrer Fortbildungsschulen wird die Stadt Dresden künftig keine Volksschul-Direktoren mehr verwenden, sondern ältere, erprobte Lehrer. Jetzt verwaltet der Schuldirektor den Fortbildungsschulunterricht immer nur im Nebenamte, worunter beide, Volks- wie Fortbildungsschule, leiden. Wenn nun von Ostern ab die 9 städtischen Fortbildungsschulen in 4 zusammengelegt werden, so machen sich die Uebelstände der Aemterhäufung erst recht fühlbar. Wohl aber wird die Leitung einer Fortbildungsschule durch einen Lehrer erkennen lassen, ob er sich später für ein selbstständiges Direktorat eignet. Auch in Leipzig und Chemnitz, die schon längst große Fortbildungsschulen haben, wird deren Leitung durch einen besonderen Lehrer bewirkt. Die Zusammenfassung der hiesigen 9 Fortbildungsschulen in 4 wird dem Unterrichte der jungen Leute in hohem Maße zu Gute kommen. Jetzt gab es in einigen Schulen Klassen von nur 8—10 Schülern, von denen fast jeder einem anderen Berufe angehörte. So zählte eine Klasse 1 Advokatenschreiber, 1 Konservatoristen und 6 Lehrlinge von verschiedenen Handwerken. Künftig wird man die Klassen nach dem Fachberufe der Schüler einheitlicher zusammensetzen können, man wird z. B. die Lehrlinge der Metall- und Holzarbeiter, der Töpfer, der Baugewerken ꝛc. in besonderen Klassen unterrichten; namentlich wird man besondere Schreiberabtheilungen bilden. Den in Dresden bestehenden und sich einer ganz besonderen Blüthe erfreuenden Handwerker- und Innungsschulen wird durch diese Reform der allgemeinen städtischen Fortbildungsschulen nicht im Mindesten Abbruch gethan. Es giebt jetzt 6 gewerbliche Fachschulen, die von 6 verschiedenen Korporationen und Innungen unterhalten werden, außerdem noch die Handels- und Innungen unterhalten werden, außerdem noch die Handels- und Innungen unterhalten werden, außerdem noch die Handels- und die Gewerbeschule. Die Innungs- und Fachschulen sind bekanntlich die edelste Frucht der Handwerker-Bewegung, selbst die unerbittlichsten Gegner des Handwerks erkennen dies an. Diese Innungs- und Fachschulen werden stets ihren Lehrlingen eine besondere fachliche Ausbildung bieten können, wie sie den öffentlichen Fortbildungsschulen, die eben die jungen Burschen aus allen Berufszweigen weiterzubilden haben, zu gewähren nicht möglich ist. Der Unterricht in den öffentlichen Fortbildungsschulen muß ja stets auf die Mitwirkung der Meister verzichten, während bei den gewerblichen Fachschulen die Anwesenheit erprobter Meister den Unterricht zweckmäßig ergänzt. Bei den städtischen Fortbildungsschulen aber wird sich die Einrichtung von Zeichner- und Nichtzeichner-Abtheilungen und die Festsetzung und theilweise Auseinanderlegung des Unterrichts auf verschiedene Wochentage als ein sehr wirksamer Fortschritt herausstellen. In mancher Handwerker-Werkstätte wird freilich die Aenderung der Stunden des Fortbildungsschul-Unterrichts nach Ostern einiges Unbehagen verursachen.

— Leider haben sich auch hier in Dresden in den letzten Tagen die Fälle von Influenza zu mehren begonnen. In zahlreichen Familien liegen mehrere Mitglieder krank darnieder und unsere Herren Aerzte sind auf's Aeußerste angestrengt. Das Ministerium des Innern in London hat eine Denkschrift versendet, die Dr. Thorne über die Influenza verfaßt hat. In dieser Schrift wird konstatirt, daß es ungemein schwer ist, mit Präventiv-Maßregeln dieser Krankheit erfolgreich zu begegnen. Die Influenza ist in hohem Grade ansteckend von Person zu Person, und die infektiöse Eigenschaft wird sogar oft erkannt, bevor noch die Krankheit zu vollem Ausbruch gelangt ist. Die Incubations-Periode ist die kürzeste von allen infektiösen Krankheiten und ihre Heftigkeit ist so verschiedenartig, daß viele Fälle gar nicht diagnosticirt werden. Ein Anfall gewährt keinen Schutz gegen Wiederholungen. Die Ansteckung erfolgt häufig durch die Lungen, da der Schleimauswurf der Kranken, besonders im akuten Stadium der Krankheit, mit den eigenthümlichen pathogenomischen Mikro-Organismen stets angefüllt ist. Die Krankheit erfordert in erster Reihe Isolirungs-Maßregeln und Desinfektion, allein es ist sehr schwierig, diese Mittel allgemein zur Anwendung zu bringen. Wo es geschehen kann, sind folgende Vorsichtsmaßregeln zu beobachten: 1. Kranke sind von Gesunden zu trennen, das ist besonders für den Beginn der Krankheit in häuslichen Verhältnissen wichtig. 2. Der Schleimauswurf der Kranken soll in Gefäße, die mit Desinfektionsmitteln versehen sind, aufgenommen werden. 3. Unnöthige Versammlungen sollen vermieden werden, wenn eine Influenza-Epidemie droht. 4. Gebäude und Räume, wo sich nothwendiger Weise viele Personen versammeln, sollen wirksam gelüftet und in den Zwischenzeiten gereinigt werden. Es muß beachtet werden, daß die Empfänglichkeit und die Gefahr erhöht wird durch körperliche oder geistige Verstimmung, Erkältung oder Ermüdung. Der Erhaltung der Gesundheit durch Tragen von warmen Kleidern, genügende und gesunde Nahrung ist vollste Aufmerksamkeit zu schenken. Personen, welche von der Influenza ergriffen sind, sollen sich zur Ruhe begeben, sich warm halten, ärztlichen Rath suchen und darauf Bedacht nehmen, daß die Gefahr einer Wiederkehr mit schweren Complikationen eine der bedenklichsten Erscheinungen der Influenza ist.

— Leipzig, 13. März. Der Vorstand des nationalliberalen Landesvereins für das Königreich Sachsen hielt heute hier eine Sitzung ab, die aus allen Landestheilen gut besucht war. Dresden war durch Herrn Handelskammersekretär Schulze vertreten. Man beschloß einstimmig, die nationalliberale Reichstags-Fraktion zu ersuchen, unter allen Umständen baldigst einen Reichstagsbeschluß wegen Ehrung des Fürsten Bismarck zu seinem 80. Geburtstag herbeizuführen. Die Abgeordneten sollen dadurch gezwungen werden, klare Stellung zu dieser Frage zu nehmen und man hofft für die Ehrung Bismarck's auf eine Mehrheit, da auch von den Abgeordneten des Centrums und der freisinnigen Vereinigung ein wenn auch kleiner Theil dieser Ehrung zustimmen und ein größerer Theil sie wenigstens durch Fehlen mittelbar durchbringen helfen dürfte. Jedenfalls erschien es dem Vorstande räthlicher für die Bismarck-freundlichen Parteien, selbst auf die Gefahr des Unterliegens hin, ihrer Dankbarkeit offenen Ausdruck zu verleihen, als sich durch Rücksichten auf die Gegner des Fürsten zwingen zu lassen, an diesem von allen nationalgesinnten Deutschen festlich begangenen Tage als Vertreter des deutschen Volkes einfach — stillzuschweigen. — Der Landesvereinsvorstand erörterte sodann die nächsten Landtagswahlen. Von Nationalliberalen scheiden diesmal nur drei Abgeordnete aus der Kammer aus, nämlich Justizrath Dr. Schill-Leipzig, Kommerzienrath Wäntig-Zittau und Geh. Kommerzienrath Riethammer-Kriebstein. Diese Herren werden ersucht werden, erneut zu kandidiren und man hat begründete Hoffnung, daß sie diesem Ersuchen entsprechen. Auch in einigen anderen, namentlich von Sozialdemokraten jetzt vertretenen Wahlkreisen sollen Kandidaten aufgestellt werden. — Ueber die Umsturz-Vorlage fand eine erneute, sehr lebhafte Erörterung statt. Man war einig in der entschiedenen Verurtheilung der Zusatz-Anträge des Centrums, ebenso erschienen die gegen den eigentlichen Umsturz und die Umsturz-Agitation im Heere gerichteten Strafbestimmungen allseitig als nothwendig und unbedenklich. Dagegen vermochte sich hinsichtlich der hauptsächlich angefochtenen §§ 130 und 131 die Mehrheit nicht zu einer Befürwortung zu entschließen, sie hielt vielmehr, namentlich nach den Ausführungen des Dresdner Vertreters und mehrerer juristischer Vorstandsmitglieder, die Gefahr einer auch die berechtigte scharfe Kritik treffenden Auslegung dieser Bestimmungen für größer als ihren Nutzen. Die nächste Hauptversammlung des Landesvereins soll im Mai in Dresden stattfinden. Im Uebrigen betrafen die Berathungen innere Angelegenheiten.

— Die diesjährige Generalversammlung der Mitglieder des Vereins „Asyl für obdachlose Männer, Volksbäder für Männer und Frauen" findet Mittwoch den 20. d. Mts. 6 Uhr Abends im Vereinshause, Käufferstraße 11, 1. Etage, statt. Tagesordnung: 1) Vorlegung des Geschäftsberichts pro 1894. 2) Bericht der Rechnungs-Revisoren über die Rechnung pro 1894 und Justifikation derselben. 3) Neuwahl für die ausscheidenden 5 Vorstandsmitglieder. Die Ausscheidenden sind wieder wählbar. 4) Neuwahl der Rechnungs-Revisoren pro 1895. — Ueber das 14. Vereinsjahr (1894) berichtet der Verein u. A. Folgendes: Im Jahre 1894 wurden im Vereinshause nicht nur 20,880 Obdachlose über Nacht aufgenommen und verköstigt, sondern auch wieder wie im Vorjahre am Tage während der kalten Winterszeit über 15,000 Männer, Frauen und Kinder gespeist und erwärmt. Ein eigenartiges und freudiges Jubiläum haben wir in den 3 Volksbädern. Die Zahl der Badegäste hat nach durchschnittlich nur achtjährigem Bestehen der Bäder die Million überschritten. Unser Vereinsvermögen ist von 151,539 M. 33 Pfg. auf 161,446 M. 94 Pfg. gestiegen! Von Vermächtnissen erhielten wir in diesem Jahre 500 M. von Fräulein Anna Brause und 250 M. von Fräulein Leondine v. Rönne durch Herrn Rechtsanwalt Gerlach. Im Asyle wurden im Jahre 1894 13,116 Männer für unsere Rechnung und für Rechnung des Stadtarmenamtes 7456 Männer, 25 Frauen und 53 Kinder, in Summa 20,880 Personen (1893: 19,250) aufgenommen, davon haben 4459 gebadet, und 690 Mann haben in der Holzspalterei — der mit dem Asyle verbundenen Anstalt für freiwillige Arbeiter — Holz gespalten, dadurch außer Nachtlager und Kost sich insgesammt 960 M. verdient. Außerdem ist 443 Männern andere Arbeit nachgewiesen worden. Vom Beginne der Aufnahme am 1. Oktober 1881 bis 31. Dezember 1894 wurden im Asyle 205,699 Personen aufgenommen, 44,497 Personen haben gebadet. Holz gespalten haben vom 1. Januar 1883 bis 31. Dezember 1894 11,182 Personen, welche nebst Kost und Nachtlager 13,896 M. ausgezahlt erhielten. In der Schuhmacher- und Schneiderwerkstätte arbeiteten vom 3. März 1885 bis 31. Dezember 1894 11,974 Mann und haben ihre eigenen 23,095 Kleidungsstücke ausgebessert. Im Bade Käufferstraße Nr. 11, welches im Oktober 1884 eröffnet wurde, badeten im Jahre 1894 62,487 Personen. Im Bade Langebrückerstraße Nr. 5, eröffnet am 27. Juni 1887, badeten im Jahre 1894 in Summa 30,175 Personen. Im Bade Elisenstraße Nr. 51 (zwischen Blasewitzer- und Blumenstraße), welches am 11. Juli 1888 eröffnet wurde, badeten im Jahre 1894 in den Wannen 35,407, im Bassin 41,693, in Summa 77,100 Personen. In allen 3 Volksbädern haben bis jetzt seit ihrem Bestehen gebadet: 484,723 Personen Käufferstraße, 190,768 Personen Langebrückerstraße, 365,284 Personen Elisenstraße, in Summa 1,040,775 Personen. Die vom Verein für innere Mission wie seit Beginn wöchentlich abgehaltenen Andachten im Saale des Asylhauses für die Obdachlosen waren stets von allen Obdachlosen gern besucht. Am 1. Weihnachtsfeiertage Abends wurden wieder wie in allen früheren Jahren 73 Obdachlose reichlichst beschenkt.

— Im 6. sächsischen Reichstagswahlkreise (Dresden-Land) ist für die in Folge der Mandatsniederlegung des antisemitischen Abgeordneten Hänichen am 25. April stattfindende Neuwahl eines Vertreters in den Reichstag seitens der Sozialdemokraten der Landtagsabgeordnete Georg Horn-Löbtau als Kandidat aufgestellt worden.

— Im Freiherrlich von Fletcher'schen Seminar fand die Reifeprüfung von 17 Abiturienten mit der mündlichen Prüfung am 11., 12. und 13. ihren Abschluß. In den Sitten konnte Allen die Censur I ertheilt werden; in Wissenschaften erhielten: 1 Ib, 3 IIa, 6 II, 4 IIb, 3 IIIa. 10 Abiturienten sind zum Kirchendienst befähigt, da 1 I, 2 Ib, 1 IIa, 2 II, 4 IIb in der Musik erhielten. Am 18., 19. und 20. d. M. erfolgt die Prüfung der zur Aufnahme in's Seminar angemeldeten Schüler.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. In der Dienstags-Sitzung der engeren Versammlung des Staatsraths sprach nach der Eröffnung durch die Rede des Kaisers zunächst Graf v. Kanitz-Podangen, dem das Referat über den ersten Punkt der Tagesordnung „Maßregeln zur Hebung des Getreidepreises" übertragen war. Wie der „Post" mitgetheilt wird, trat Graf v. Kanitz in einer längeren Rede warm für die Vorschläge ein, die dem Antrag zu Grunde liegen, der seinen Namen trägt. Ihm antworteten der Kammerherr v. Helldorff-Bedra und der Geh. Kommerzienrath Frentzel in sachlicher, aber energischer Weise, um die Vorschläge des Grafen Kanitz als unausführbar zu bezeichnen. Wie ferner eine parlamentarische Korrespondenz meldet, dauerten die Verhandlungen bis gegen 7 Uhr Abends. Um 1 Uhr Mittags war eine einstündige Pause gemacht worden, in welcher bei dem Staatsminister v. Boetticher ein Frühstück eingenommen wurde. Mittwoch Vormittag 10 Uhr wurden die Verhandlungen unter Theilnahme von etwa 60 Herren fortgesetzt. Der Kaiser war bereits vor 10 Uhr erschienen, um wiederum den Vorsitz zu übernehmen.

Zur Unterredung des Kaisers Wilhelm mit dem Herzog von Cumberland wird dem offiziösen „Hamb. Korr." von angeblich vorzüglich unterrichteter Seite aus Wien geschrieben: „Der Herzog von Cumberland wurde vom Kaiser Franz Josef seinem hohen Gaste unvermuthet vorgestellt. Der deutsche Kaiser unterhielt sich nur wenige Minuten mit ihm, seine Fragen ebenso wie die Antworten des Herzogs beschränkten sich auf das Gebiet der Familienbeziehungen des Letzteren, namentlich erkundigte sich der Kaiser nach dem Befinden der Schwiegermutter des Herzogs, der Königin von Dänemark, die bekanntlich vor einiger Zeit erkrankt war." Daß diese Unterredung politische Folgen haben könnte, ist, so fügt der „Hamb. Korr." hinzu, natürlich ausgeschlossen.

Die Reise des Herzogs Ernst Günther von Schleswig-Holstein, des Bruders der Kaiserin, nach England hat nichts mit Verlobungsabsichten zu thun, von denen einzelne Blätter sprachen; der Herzog will vielmehr in England Arbeiterverhältnisse studiren. Er hält sich augenblicklich zum Besuch beim Herzog von Sutherland auf und unternimmt von dort Ausflüge nach den Industriecentren.

Der neue Ober-Präsident von Ostpreußen, Graf Wilhelm v. Bismarck, der vorgestern bei seinem Vater in Friedrichsruh zum Besuch war, hat Mittwoch Nachmittag während der Sitzung des Staatsrathes im Reichsamt des Innern bei dem Kaiser sich gemeldet. Er erschien später mit seinem Bruder, dem Reichstagsabgeordneten Grafen Herbert Bismarck, im Reichstage und unterhielt sich längere Zeit mit dem Grafen Limburg-Stirum und anderen Abgeordneten der konservativen Partei.

Nach der „Post" soll der Kaiser beabsichtigen, am 22. März, als am Geburtstage Kaiser Wilhelm's I., entweder eine Kabinets-Ordre zu erlassen oder eine Gesetzvorlage zu genehmigen, welche im Anschluß an eingegangene Petitionen und frühere Resolutionen des Reichstags die Fürsorge für die Kriegsinvaliden und deren Relikten erweitert.

Nachdem der Staatssekretär des Auswärtigen, Frhr. v. Marschall, am Sonntag Vormittag im Auswärtigen Amte mit dem französischen und japanischen Vertreter am Berliner Hofe eine Konferenz gehabt hatte, konferirte er Dienstag Nachmittag zunächst mit dem französischen Botschafter Herbette und darauf mit dem chinesischen Gesandten. Die Vermuthung liegt nahe, daß es sich in beiden Fällen um die schwebenden chinesisch-japanischen Friedensunterhandlungen handelte.

Die „Post", die am Montag die Nachricht von der Ernennung des Präsidenten von Heydebrand zum Oberpräsidenten von Ostpreußen gemeldet hatte, schreibt, es dürfe als völlig zweifellos angesehen werden, daß der Namen des Herrn von Heydebrand vom Staatsministerium dem Kaiser am Montag vorgeschlagen gewesen war. Danach ist die Ernennung des Grafen Wilhelm Bismarck auf einen persönlichen Entschluß des Kaisers zurückzuführen.

Der eben aus seinem Amte geschiedene Oberpräsident von Ostpreußen Graf Stolberg soll die feste Absicht ausgesprochen haben, sein Reichstags-Mandat niederzulegen. Die konservative Partei gebe sich indeß der Hoffnung hin, den Grafen von seinem Entschlusse abzubringen und das Mandat, welches er noch gar nicht ausgeübt hat, für ihn zu erhalten.

Ein Berliner Blatt will wissen, daß der Regierungspräsident in Liegnitz, Prinz Handjery, der sich schon seit längerer Zeit auf Urlaub befindet und es übel aufgenommen haben soll, daß er nach dem Rücktritt des Oberpräsidenten v. Seydewitz nicht an dessen Stelle nach Breslau gekommen ist, durch den Minister des Innern, Herrn v. Köller, aufgefordert sei, sein Entlassungsgesuch einzureichen. Diese Meldung verdient nur mit allem Vorbehalt wiedergegeben zu werden.

Die verabschiedeten Generale in allen deutschen Bundesstaaten werden dem Fürsten Bismarck zu dessen 80. Geburtstag eine gemeinsame Glückwunsch-Kundgebung übermitteln. Der Urheber dieses Schrittes ist der General v. Leuthe-Fürst.

Die „Berliner Corresp." des preußischen Ministers des Innern Herrn v. Köller ist unermüdlich im Widerlegen falscher Behauptungen und Gerüchte. Das neueste Dementi lautet: In Berliner Blättern, die ihr Publikum gern mit sensationellen Personal-Nachrichten unterhalten, ist in letzter Zeit von einer Erschütterung der Stellung des Kriegsministers und von Differenzen desselben mit dem Chef des Militärkabinets, der als kommandirender General Verwendung finden solle, die Rede gewesen. Weiter wurde mitgetheilt, daß mit dem kommandirenden General des 11. Armeekorps behufs seiner Versetzung auf einen hohen Posten in Berlin Verhandlungen schwebten. Alle diese Ausstreuungen beruhen auf leeren Erfindungen.

Die „Köln. Volksztg." versichert, aus fremdländischen diplomatischen Kreisen erfahren zu haben, der Czar und die Czarin beabsichtigten, im Mai nach Beendigung des Trauerhalbjahres nach Berlin zu kommen und von dort nach Paris zu reisen, den Rückweg nach Rußland aber über Wien zu nehmen. Dieser Entschluß stehe ziemlich fest, es dürften demnächst vertrauliche Anfragen bei den verschiedenen Höfen und Kabinetten erfolgen, ob die Besuche genehm seien. An der Eröffnungsfeier des Nordostseekanals werde der Czar nicht theilnehmen.

Die Fürstin von Fürstenberg, die Tochter der vor wenigen Tagen verstorbenen Herzogin von Sagan, ist nicht unbedenklich erkrankt.

Der weimarische Landtag nahm einen Antrag an, durch den die Regierung ersucht wird, Maßnahmen seitens des Reichs zur Linderung der Noth der Landwirthschaft und des Mittelstandes nach besten Kräften zu unterstützen.

Von einer angeblich unanfechtbaren Seite veröffentlicht der „Hann. Cour." eine Erzählung über die Kriegsgefahr von 1887, der Deutschland damals — zur Zeit der Barackenbauten und der Schnäbele-Affaire — nur deshalb entronnen sein soll, weil Kaiser Alexander III. trotz aller Kriegslust Bedenken getragen haben soll, sich persönlich an die Spitze der russischen Armee zu stellen. Hierzu schreibt man dem „Hamb. Korr." aus Berlin: „Es ist nicht recht ersichtlich, aus welchen Gründen ein ernstes politisches Blatt, wie der „Hannov. Cour.", die Hand dazu bietet, die Friedensliebe